

Sind 200 Franken genug?

Schweiz | Darum geht es bei der SRG-Initiative

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug» (SRG-Initiative) verlangt die Senkung der Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken und die Abschaffung der Unternehmensabgabe. Laut Bundesrat Albert Rösti drohen bei einem Ja der Abbau von 3000 Stellen und das Ende von Regionalbüros.

sda. Heute betragen die Gebühren für Radio und Fernsehen 335 Franken pro Haushalt und Jahr. Der Bundesrat ist den Initianten aber schon im vergangenen Jahr entgegengekommen. Er beschloss, die Haushaltsabgabe auf dem Verordnungsweg auf 300 Franken pro Jahr zu senken. Zahlreiche Unternehmen müssen in Zukunft ausserdem keine Abgabe mehr bezahlen. Die SRG ist bereits an der Umsetzung eines Sparprogramms. Sie geht in diesem Zusammenhang von einem Abbau von rund 900 Vollzeitstellen bis 2029 aus. Ein Drittel dieser Stellen werde im Rahmen des laufenden Spar-

programms abgebaut, teilte die SRG im November mit. Der Prozess sei bereits im Gange. Ein Teil der verbleibenden 600 Stellen werde über Fluktuation und Pensionierungen abgebaut. Entlassungen seien aber unumgänglich.

Das will die Initiative

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug» (SRG-Initiative) will in der Bundesverfassung festschreiben, dass der Bund zur Finanzierung von Radio- und Fernsehprogrammen, die einen unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit erbringen, eine Abgabe von 200 Franken pro Jahr ausschliesslich von privaten Haushalten erhebt. Explizit soll zudem in der Verfassung festgehalten werden, dass juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen keine Abgabe bezahlen.

Teil des Initiativtextes sind zudem eine Reihe von Übergangsbestimmungen. Demnach sollen die Regeln für den Finanzausgleich und der prozentuale Anteil der privaten regionalen Radio- und Fernsehveranstalter an den Gebührengeldern gleich bleiben wie bis anhin. Vorgesehen ist zudem, dass die Gebühr pro Haushalt gesenkt wird, falls die Zahl der Haushalte zu-

nimmt. Der Bundesrat soll eine solche allfällige Gebührensenkung alle fünf Jahre vornehmen, wobei er die Teuerung mitberücksichtigen könnte.

Das sagen die Befürworter

Lanciert wurde das auch als Halbierungsinitiative bekannte Volksbegehren aus SVP-Kreisen. Bei der Beratung im Nationalrat stimmte zudem eine Minderheit der FDP-Fraktion für die Initiative. Die Initianten argumentieren, es brauche eine Entlastung der Haushalte in Zeiten steigender Krankenkassenprämien und Mieten. Schweizer zahlten heute die weltweit höchsten Radio- und Fernsehgebühren. Entlastet werden sollten namentlich junge Menschen, die Medienangebote finanzieren müssten, die sie nicht konsumierten. Benachteiligt würden auch Einpersonenhaushalte.

In der Unternehmensabgabe sieht die Befürworterseite eine ungerechte Doppelbesteuerung. Es brauche mehr Effizienz, tiefere Kosten und gleich lange Spiesse für die SRG und private Medienunternehmen.

Insbesondere fordern die Initianten, die SRG solle sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Sie breite sich in Unterhaltung und Sport sowie bei



Geht es nach den Initianten, muss sich die SRG auf ihren Kernauftrag konzentrieren und Produktionen, die darüber hinausgehen, herunterfahren. Bild SRF

Online-Aktivitäten immer weiter aus, kritisierten SVP-Vertreter in der Nationalratsdebatte über die Initiative.

Das sagen die Gegner

Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Medienminister Albert Rösti, der vor seiner Wahl in die Landesregierung das Volksbegehren mitlancierte, vertritt heute die Ansicht, eine Annahme würde für die SRG einen zu tiefen Einschnitt bedeuten.

In der Nein-Allianz gegen die SRG-Initiative engagieren sich Politikerinnen und Politiker von SP, «Mitte», Grünen, GLP und FDP. Gegen das Volksbegehren setzen sich auch der Sport und die Kultur ein.

Bei einer Annahme verlöre die SRG – berücksichtigt man die Unternehmensabgabe mit – auf einen Schlag die Hälfte ihrer Einkünfte, argumentieren die Gegner. Dies käme einem Kahlschlag gleich. Als Folge davon wäre die mediale Versorgung insbesondere in Randregionen nicht mehr sichergestellt. Gerade in Krisenzeiten, in denen die Demokratie vielerorts unter Druck stehe, brauche es starke Medien als Schutz vor Desinformation, gaben zudem Redner in den Parlamentsdebatten über die Initiative zu bedenken. Der Bundesrat habe dem Anliegen der Initianten bereits Rechnung getragen, hiess es zudem von bürgerlicher Seite.



8. März
ABSTIMMUNGEN



DARUM STIMME ICH JA

200 Franken sind genug, auch für Baselbieter

Thomas de Courten, Nationalrat SVP

335 Franken pro Haushalt, unabhängig davon, ob man SRF schaut oder nicht. Dazu kommen Unternehmensabgaben von bis zu Zehntausenden Franken pro Jahr. Die SRG-Gebühr ist längst keine Bagatelle mehr, sondern eine staatlich verordnete Mediensteuer. Unsere Gebühren-Senkungs-Initiative «200 Franken sind genug» setzt hier an. Sie entlastet Haushalte und Gewerbe und stärkt gleichzeitig die Medienvielfalt.

Gerade im Baselbiet wissen wir, wie wichtig regionale Verankerung ist. Das Radiostudio Basel leistet wertvolle Arbeit für unsere Region. Service public heisst Information, Kultur und Berichterstattung aus und für die Region. Dafür braucht es eine SRG. Aber es braucht keine überdimensionierte Medienmaschine, die mit Gebührengeldern in Märkte drängt, in denen private Anbieter bestehen könnten und wollen.

Heute betreibt die SRG Radiosender, Dutzende Online-Plattformen, Unterhaltungsformate und zahlreiche Social-Media-Kanäle in einer Breite, die weit über den verfassungsmässigen Service-public-Auftrag hinausgeht. Sie konkurrenziert private Medienunternehmen direkt und wird dabei durch Zwangsgebühren finanziert. Das verzerrt den Wettbewerb massiv. Gerade kleinere und mittlere Verlage, regionale Medienhäuser und private Radios im Raum Basel spüren diesen Druck täglich.

Für unser Gewerbe ist die Situation besonders stossend. Unternehmen bezahlen die Abgabe zusätzlich zur privaten SRG-Gebühr ihrer Mitarbeitenden. Das ist eine Doppelbelastung, teilweise sogar eine Dreifachbelastung. Ein KMU im Baselbiet trägt heute je nach Umsatz mehrere Tausend Franken pro Jahr. Dieses Geld fehlt für Investitionen, für Innovation, für neue Lehrstellen oder für Löhne. Wer den Arbeitsplatz Baselbiet stärken will, darf ihn nicht mit unnötigen Abgaben schwächen. Die Initiative befreit alle Unternehmen konsequent von dieser Abgabe. Das ist wirtschaftspolitisch die einzig richtige Lösung.

Oft wird behauptet, nur eine starke SRG schütze uns vor Desinformation. Das Gegenteil ist der Fall. Meinungsvielfalt entsteht durch Wettbewerb und durch unterschiedliche Perspektiven, nicht durch die Dominanz eines staatsnahen Medienkonzerns mit einem klaren Linksdrahl. Wenn ein einzelnes Unter-

nehmen mit Milliardenbudget die mediale Agenda prägt, entsteht ein strukturelles Ungleichgewicht. Gerade in politischen Debatten ist Zurückhaltung des Staates zentral. Die Meinungsbildung gehört den Bürgerinnen und Bürgern und nicht einem gebührenfinanzierten Akteur mit einer künstlichen Hoheit.

Mit 200 Franken pro Haushalt stehen der SRG weiterhin über 850 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Damit kann sie ihren klar definierten Auftrag erfüllen mit Nachrichten, Hintergrund, Kultur und Sport – auch aus dem Studio Basel. Es geht nicht um Abschaffung, sondern um Konzentration auf das Wesentliche. Nicht um Ideologie, sondern um Augenmass. 200 Franken sind genug für die Baselbieter Haushalte, für unsere KMU und für eine Medienordnung, die Freiheit höher gewichtet als staatliche Dominanz.

Aus klarer Überzeugung im Einsatz für KMU und jeden Haushalt im Baselbiet und der Schweiz ist ein Ja zur SRG-Gebühren-Senkungs-Initiative «200 Franken sind genug» zwingend notwendig.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Ja-Stimme am 8. März. Es ist Zeit für Veränderung, Zeit für Entlastung von KMU und Haushalten.



DARUM STIMME ICH NEIN

Halbierung hätte Folgen – insbesondere für die Landschaft

Florence Brenzikofer, Nationalrätin Grüne

Bei der SRG-Initiative geht es um viel mehr als die Höhe der Empfangsgebühren. Es geht um Service public, um Zusammenhalt und um die Frage, wie die Menschen in der Schweiz informiert und unterhalten werden. Gerade für ländliche Regionen – und ebenso für die Region Basel – ist die SRG mehr als ein Medienhaus: Sie ist ein Stück Identität.

Wenn der «Samschtig-Jass» läuft, wird in vielen Stuben mitgefiebert. Jassen gehört zur Schweiz wie der Turnverein zum Dorf. Diese Sendung bringt Generationen zusammen. Mit dem «Donnschtig-Jass» kommt das Schweizer Fernsehen sogar ins Dorf, wir durften dies im Baselbiet schon mehrfach erleben: Plätze werden zu Festhütten, Musikgesellschaften erhalten eine grosse Bühne, Vereine profilieren sich als Veranstalter. Dieses Format zeigt nicht nur urbane Zentren, sondern auch Bergregionen und Randgebiete – sie macht sichtbar, was sonst oft übersehen wird.

Auch das «Regionaljournal Basel Baselland» und Sendungen wie die «Landfrauenküche» oder «SRF bi de Lüt» erzählen Geschichten aus dem Alltag. Sie porträtieren Bäuerinnen und Bauern, Handwerksbetriebe und engagierte Menschen aus den Gemeinden. Das stärkt das Verständnis zwischen Stadt und Land.

Zum Service public gehört aber auch der Sport. Ob Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest, Skirennen oder Olympische Spiele: Wenn Schweizer Athletinnen und Athleten antreten, fiebert das halbe Land mit – im Bergdorf genauso wie in der Stadt. Grossereignisse wie die Fussball-EM schaffen gemeinsame Momente, die Generationen verbinden. Eine starke SRG ermöglicht es uns, dass solche Ereignisse nicht hinter Bezahlschranken verschwinden.

Private Medien müssen sich an Werbeeinnahmen und Quoten orientieren. Produktionen mit starkem Regionalbezug oder Sportübertragungen aus Schweizer Perspektive wären wirtschaftlich nicht tragbar. Der Service public hingegen hat den Auftrag, auch dort zu sein, wo es sich nicht rechnet.

Die Annahme der Initiative hätte spürbare Folgen: Das Budget würde faktisch halbiert. In der Region Basel, wo SRF seit Jahrzehnten einen Produktionsstandort betreibt, hätte ein Ja weitreichende Konsequenzen. Eine Halbierung würde die regionale



Berichterstattung ausdünnen, Redaktionen müssten zusammengelegt oder geschlossen werden. Themen wie Pharma und Chemie, Wissenschaft und Kultur oder grenzüberschreitende Politik erhielten weniger Aufmerksamkeit. Damit ginge ein Teil regionaler Sichtbarkeit verloren. Auch wirtschaftlich wäre der Schaden erheblich: Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel, ebenso Aufträge für externe Firmen und Kulturschaffende.

Gerade weil ausländische Streamingplattformen immer dominanter werden, ist eine unabhängige SRG wichtiger denn je. «Netflix», «Tiktok», «YouTube» & Co. werden nie ein neues Album von Baschi besprechen, den neuen Trainer des FC Basel nicht kritisch begleiten und die Ersatzwahlen für die Baselbieter Regierung links liegen lassen.

Am Ende geht es um eine Grundsatzfrage: Wollen wir eine Medienlandschaft, die nur dort präsent ist, wo Gewinne erzielt werden können – oder eine, welche die Vielfalt unseres Landes abbildet und so den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt?

Für den ländlichen Raum und die Region Basel ist die Antwort klar: Eine starke SRG bedeutet Sichtbarkeit, Identität und Verlässlichkeit. Wer den Service public halbiert, schwächt ein Stück Schweiz.